

Strahm und Malthus - oder eine längst fällige Debatte

In meinem letzten Editorial habe ich die Haltung von SP-Politiker Rudolf Strahm zur Zuwanderung und zur Abschottungsinitiative der SVP kritisiert (siehe Editorial unten). Der ehemalige Preisüberwacher warb in einem Interview mit der „Schweiz am Sonntag“ mehr als halbwegs offen für ein linkes Ja zur SVP-Abschottungsinitiative. Gleichzeitig spielte er die möglichen Auswirkungen eines Neins am 9. Februar herunter. Inzwischen hat EU-Kommissarin Viviane Reding Klartext geliefert: Bei der Personenfreizügigkeit gibt es keine Extrawurst. Mit anderen Worten: In der heissen Phase des Abstimmungskampfes wiederholt Strahm weitgehend die Argumente von Christoph Blocher. Und will vergessen machen, dass die Schweiz ein erfolgreiches Einwanderungsland war und ist. Und hoffentlich auch bleibt.

Fürsprecher Reichenau.

Mein Kommentar hat heftige Reaktionen ausgelöst, zustimmende und kritische. Ich habe über work eine überfällige Diskussion angestossen. Eine Debatte über linke EU- und Migrationspolitik. Christoph Reichenau nahm Stellung für Rudolf Strahm. O-Ton des Fürsprechers und des Fürsprechers: „Ruedi Strahm ist ein Freund, Marie-Josée Kuhn kenne ich nicht“. In der Berner Tageszeitung „Der Bund“, schreibt Fürsprech Reichenau, gegen Strahm sei (von Work, der WOZ, Peter Bodenmann und Oswald Sigg) eine „Hetze im Gang“. Nicht zum ersten Mal würden die Linken Strahm „zum Sündenbock“ machen. Die Fakten sehen etwas anders aus. Strahm teilte in der „Schweiz am Sonntag“ aus: „Die SP ist beim Thema Migration weit von den Bürgersorgen entfernt.“ Er, Strahm, sage ja nur, was „man in der sozialdemokratischen Wählerschaft weitherum denke“. Reichenau macht, anstatt in der Sache zu argumentieren, aus dem Angreifer das Opfer. Überzeugend ist anders. Denn die Umfragen des Forschungsinstituts GFS belegen: 86 Prozent der SP-Wählerinnen und -Wähler sind gegen die Abschottungsinitiative. Wer irrt sich? GFS-Leiter Claude Longchamp oder Strahm? Die Abstimmung, die Nachbefragungen werden es zeigen.

Sommaruga hätte es in der Hand

Es gibt kein mögliches Ja von links zur SVP-Abschottungsinitiative. Genauso wie es in den späten 1960er Jahren kein linkes Ja zu den Schwarzenbach-Initiativen gab. Warum, erklärt SGB-Chef Paul Rechsteiner in diesem Work (siehe unten). Und Unia-Co-Präsident Renzo Ambrosetti hält im Work-Interview (siehe unten) fest, ein Ja zur SVP-Initiative wäre „das Eigengolb des Jahrhunderts“. Ambrosetti: „Für die Arbeitnehmenden würde ein Sieg der SVP bedeuten, dass sie um mindestens 30 Jahre zurückgeworfen würden. Bei den Löhnen. Bei der Arbeitszeit. Bei allem.“ Die Löhne müsse man schützen, nicht die Grenzen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hätte es in der Hand: Wie SVP-Bundesrat Ueli Maurer könnte auch sie klarmachen, was sie will: einen Mindestlohn von 4000 Franken, wie ihn die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften verlangt. Dies im Kampf gegen das Lohndumping. Und günstigen Wohnraum für alle. Denn hier drückt der Schuh. Sozialdemokratin Sommaruga könnte dies ohne fremdenfeindliche Untertöne und Begleitmusiken tun. Am besten gleich zusammen mit Rudolf Strahm. Statt die Ängste der Leute „ernst zu nehmen“, könnte die Bundesrätin ihnen diese nehmen. Mittels Politik. Doch zu gross scheinen ihre eigenen Ängste zu sein. Stattdessen schürt Strahm die Angst vor „Tiefstlohn-Zuwanderung“. Sie führe „letztlich zu einer Zuwanderung ins Sozialsystem“, sagt er. „Zuwanderung ins Sozialsystem“, dieses Unwort haben die deutschen Rechten erfunden, die SVP nennen dasselbe „soziale Hängematte“. Vor allem die „bildungsfernen Schichten“ möchte Bildungsspezialist Strahm von der Schweiz fernhalten. Er sagt: „Jede Migrationsperson, die in die Schweiz einwandert und nicht einen Beruf erlernt hat oder noch erlernen will, ist eine Migrationsperson zu viel.“ Das ist purer Bildungs-rassismus. Und verstösst gegen die Menschenrechte. Gegen das Uno-Menschenrecht auf Migration, wie Work-Kolumnist Jean Ziegler schreibt (siehe rechts).

Pfarrer Malthus

Ausgerechnet der frühere Drittweltaktivist Strahm sieht die Personenfreizügigkeit heute als grosse Bedrohung, obwohl die Bevölkerung in Europa stagniert. Dieser angstvolle Pessimismus erinnert stark an einen anglikanischen Pfarrer namens Thomas Robert Malthus (1766–1834). Über dessen Popularität in der heutigen Zeit hat kürzlich die deutsche Zeitung „Welt“ einen erhellenden Artikel publiziert (31.12. 2013). Malthus dachte etwa so: Es gibt nur eine endliche Fläche von Land, das für den Ackerbau und die Viehzucht nutzbar gemacht werden kann. Sobald die Zahl der Menschen so gross wird, dass das Land sie nicht mehr ernähren kann, kommt eine Katastrophe – eine Krankheit, ein Krieg, eine Hungersnot – und stutzt sie wieder auf ein gesundes Mass zurück.

Ein Gespenst geht um

Das Gespenst der „Überbevölkerung“ geht auch heute wieder um in Europa. Auch in der Schweiz. Nach der SVP-Abschottungsinitiative werden wir es mit der Ecopop-Initiative zu tun bekommen. Auch sie bläst das Gespenst wieder auf. „Welt“-Journalist Hannes Stein hat das Monster auf seinen Erfinder zurückgeführt: „Malthus sah in dieser brutalen Regulierung die göttliche Vorsehung walten: Gott bestrafe damit das Laster und belohne die Tugend.“ Einer der frühen Kritiker von Malthus war Friedrich Engels. Er schrieb, dass es eine menschliche Ressource gebe, die unabhängig von der Fläche an Ackerland immer weiterwache: das Wissen. Engels hatte recht: Heute leben rund 7 Mal mehr Menschen auf der Welt als zu Zeiten von Malthus. Trotzdem hätte es genug Nahrungsmittel für alle, würde man Produktion und Verteilung derselben richtig organisieren. Deshalb halte ich es entschieden lieber mit dem Materialisten Engels als mit dem Stündeler Malthus. Marie-Josée Kuhn.

Work online 23.1.2014 .

Personen > Kuhn Marie-Josée. Rudolf Strahm. Einwanderung. Work. 2014-01-23